



SATZUNG DER ÄRZTEKAMMER FÜR WIEN (KAMMERSATZUNG)

Stand

1. Jänner 2026

konsolidierte Fassung

einschließlich der Änderungen durch die Vollversammlung
vom 9. Dezember 2025
(21. Satzungs-Novelle 2025)

Die Vollversammlung der Ärztekammer für Wien hat in ihrer Sitzung vom 27. Juni 2006 gemäß § 80 Z 8 ÄrzteG 1998 BGBL I, 156/2005, folgende Satzung der Ärztekammer für Wien beschlossen.

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt die Strukturen, in deren Rahmen die Ärztekammer für Wien ihre Aufgaben (§§ 66, 67 ÄrzteG 1998) erfüllt.
- (2) Die Aufgaben und die Organe der Ärztekammer für Wien hinsichtlich des Wohlfahrtsfonds (§§ 96 bis 116a ÄrzteG 1998) werden in einer eigenen Satzung des Wohlfahrtsfonds geregelt.
- (3) Näheres über die Einberufung und Durchführung von Sitzungen wird in der Geschäftsordnung geregelt.

§ 2 Bezeichnungen

Soweit in dieser Satzung personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

§ 3 Organe

- (1) Organe der Ärztekammer sind:
 1. die Vollversammlung,
 2. der Kammervorstand,
 3. der Präsident und die Vizepräsidenten,
 4. die Kurienversammlung,
 5. die Kurienobmänner und ihre Stellvertreter,
 6. das Präsidium.

§ 4 Die Vollversammlung

- (1) Die Vollversammlung besteht aus mindestens zwölf und höchstens 100 Kammerräten. Die Vollversammlung legt bei Beschluss über die Anordnung der Wahl die Zahl der Kammerräte und deren Verteilung auf die Kurienversammlungen unter Berücksichtigung auf die Zahl der der Kammer angehörenden Kurienangehörigen zueinander fest.

(2) Der Vollversammlung obliegt:

1. die Anordnung der Wahlen in die Vollversammlung und die Festsetzung der Zahl der Kammeräte,
2. die Wahl des Präsidenten und eines zusätzlichen Vizepräsidenten (§ 73 Abs.2 ÄrzteG 1998); dazu ist nur wählbar, wer nicht derselben Kurie zugeordnet ist, der der Präsident angehört,
3. der Entzug des Vertrauens des Präsidenten gemäss § 83 Abs.9 ÄrzteG 1998,
4. die Festsetzung der Zahl der weiteren Kammervorstandsmitglieder,
5. die Wahl der übrigen ärztlichen Mitglieder des Verwaltungsausschusses und des Beschwerdeausschusses sowie der beiden ärztlichen Rechnungsprüfer des Überprüfungsausschusses des Wohlfahrtsfonds,
6. die Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag und den Rechnungsabschluss,
7. die Erlassung einer Umlagenordnung,
8. die Erlassung einer Diäten- und Reisegebührenordnung (Tag- und Nächtigungsgelder, Fahrtkostenersatz) einschließlich Gebühren (insbesondere feste Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Bearbeitungsgebühren) für Funktionäre, Referenten und sonstige Beauftragte der Ärztekammern mit Ausnahme jener Referenten, die von den Kurienversammlungen bestellt werden,
9. die Erlassung der Satzung,
10. die Erlassung der Geschäftsordnung,
11. die Erlassung der Dienstordnung für das Personal der Ärztekammer,

§ 4a Beschlussfassung in der Vollversammlung

Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Kammeräte anwesend ist. Ihre Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt, wobei über jeden Antrag gesondert abzustimmen ist. Der jeweilige Vorsitzende stimmt mit. Bei gleichgeteilten Stimmen, ausgenommen bei geheimer Abstimmung, gilt jene Meinung als angenommen, für die der Vorsitzende gestimmt hat (§ 79 Abs.5 ÄrzteG 1998).

§ 4b Auflösung der Vollversammlung

Die Beschlussfassung über die Auflösung der Vollversammlung bedarf der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen bei Anwesenheit von zumindest der Hälfte der Kammeräte. Dieser Antrag muss von zumindest einem Viertel der Mitglieder der Vollversammlung eingebracht werden (§ 79 Abs.6 ÄrzteG 1998).

§ 5 Der Kammervorstand

(1) Der Kammervorstand besteht aus dem Präsidenten bzw. der Präsidentin, den Vizepräsidenten bzw. den Vizepräsidentinnen, den Stellvertretern bzw. Stellvertreterinnen des Kurienobmannes bzw. der Kurienobfrau der Kurienversammlung der angestellten Ärzte, den Stellvertretern bzw. den Stellvertreterinnen des Kurienobmannes bzw. der Kurienobfrau der Kurienversammlung der niedergelassenen Ärzte, und weiteren, jeweils von der Kurienversammlung der

angestellten Ärzte und der Kurienversammlung der niedergelassenen Ärzte nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts (D'Hondt) gewählten, Mitgliedern.

(2) Den Sitzungen des Kammervorstands können Präsidialreferenten hinzugezogen werden.

(3) Die von der Vollversammlung vor jeder Wahl festzulegende gerade Anzahl der zu wählenden Kammervorstandsmitglieder hat mindestens vier und höchstens 26 zu betragen und ist den Kurien zu gleichen Anteilen zuzuteilen.

(4) Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses nimmt an den Sitzungen des Kammervorstands ohne Stimmrecht gemäß § 81 Abs. 2 ÄrzteG 1998 teil.

(5) Der Kammervorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er faßt seine Beschlüsse, sofern nicht anderes bestimmt ist, mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei über jeden Antrag gesondert abzustimmen ist. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Der Präsident stimmt mit. Bei gleichgeteilten Stimmen, ausgenommen bei geheimer Abstimmung, gilt jener Antrag als zum Beschluss erhoben, dem der Präsident beigetreten ist. Stimmennthalungen werden bei Ermittlung der für die Annahmen eines Antrages erforderlichen Mehrheit nicht mitgezählt. Als Stimmennhaltung gilt auch die Abgabe eines leeren Stimmzettels (§ 81 Abs.7 ÄrzteG 1998).

(6) Der Kammervorstand wählt weiters in seiner Eröffnungssitzung aus seiner Mitte den Finanzreferenten und dessen Stellvertreter in getrennten Wahlgängen. Als Finanzreferenten nicht wählbar sind der Präsident und die Kurienobmänner.

(7) Die Funktionsperiode des Kammervorstands endet mit der Konstituierung des neu bestellten Kammervorstands.

(8) Der Kammervorstand ist zur Wahrung der gemeinsamen Belange der Ärzteschaft berufen. Ihm obliegt insbesondere:

1. die Durchführung der der Ärztekammer gemäß § 66 ÄrzteG 1998 oder nach anderen Vorschriften übertragenen Aufgaben, soweit diese nach dem ÄrzteG 1998 nicht ausdrücklich anderen Organen zugewiesen sind,
2. die Verwaltung des Vermögens der Ärztekammer,
3. die Wahl des Finanzreferenten bzw. der Finanzreferentin, der stellvertretenden Finanzreferentinnen bzw. der stellvertretenden Finanzreferenten sowie allfälliger weiterer Referenten und Referentinnen für bestimmte Aufgaben und Projekte,
4. die Bestellung von Präsidialreferenten,
5. die Bestellung des Vorsitzenden und des oder der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für ärztliche Ausbildung und des Niederlassungsausschusses aus den Mitgliedern des jeweiligen Ausschusses,
6. die Entscheidung über vom Präsidenten dem Kammervorstand gemäß § 83 Absatz 3 ÄrzteG 1998 vorgelegten Kurienbeschlüsse,
7. die Wahrnehmung der Interessen der Ärzteschaft im Zusammenhang mit Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG, die das Gesundheitswesen, im Speziellen die Organisation und Finanzierung, betreffen, insbesondere mit der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, BGBI. I Nr. 73/2005,
8. die Erstattung koordinierender Empfehlungen gemäß § 83 Abs 5 ÄrzteG 1998,

9. die Bestätigung der Wahl der Sektionsvorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Fachgruppenvorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Bezirksärztevertreterinnen und Bezirksärztevertreter und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Turnusärztevertreterinnen und Turnusärztevertreter und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Spitalsärztevertreterinnen und Spitalsärztevertreter und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter, der Primärärztevertreterinnen und Primärärztevertreter und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie ihre Bestellung als Referenten und Referentinnen für die jeweiligen Aufgaben,

10. die Einrichtung eines Ausschusses für ärztliche Ausbildung, die Festsetzung der Zahl der Mitglieder sowie die Bestellung der Mitglieder, wobei diese im Zeitpunkt der Bestellung ordentliche Kammerangehörige der Ärztekammer für Wien sein müssen. Die Mitglieder des Ausschusses müssen mehrheitlich der Kurie der angestellten Ärzte angehören. Bei Beschlüssefassungen in Angelegenheiten der §§ 12 und 12a Ärztegesetz 1998 ist das Einvernehmen mit den anwesenden Mitgliedern der Kurie der niedergelassenen Ärzte herzustellen. Das Einvernehmen gilt nur dann als nicht hergestellt, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Kurie der niedergelassenen Ärzte dagegen stimmt.

11. die Festsetzung der Anzahl der Mitglieder des Niederlassungsausschusses, wobei diesem mindestens 4 Mitglieder angehören müssen und die Anzahl jeweils durch 4 teilbar sein muss,
11a. die Wahl der Mitglieder des Niederlassungsausschusses, wobei aus jeder Sektion die gleiche Anzahl an Mitgliedern zu bestellen ist und diese im Zeitpunkt der Bestellung der jeweiligen Sektion angehören müssen,

12. die Einrichtung von sonstigen Ausschüssen für bestimmte Aufgaben,

13. die Bestellung der Landesdelegierten in die Bundessektionen gemäß § 129 ÄrzteG 1998;

(9) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus dem Kreis der weiteren Kammerräte aus, so hat die Gruppe, aus der das scheidende Vorstandsmitglied stammt, unverzüglich die Nominierung seines Nachfolgers vorzunehmen. Mit der Nominierung vor dem Kammercouncil gilt das betreffende Vorstandsmitglied als gewählt (§ 81 Abs.9 ÄrzteG 1998).

(10) Die Abberufung bzw. Abwahl sämtlicher vom Kammercouncil bestellter Referentinnen und Referenten, sonstiger nominierte oder beauftragte Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie die Auflösung von Ausschüssen erfolgt mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei § 81 Abs.7 ÄrzteG 1998 sinngemäß anzuwenden ist.

§ 6 Der Präsident

(1) Der Präsident vertritt die Ärztekammer nach außen. Er hat die Einheit des Standes zu wahren. Ihm obliegt, unbeschadet der Zuständigkeit der Kurienversammlungen, die Durchführung der Beschlüsse der Organe der Kammer. Der Präsident leitet die Geschäfte und fertigt alle Geschäftsstücke. Jede Ausfertigung eines Geschäftsstückes der Kammer, das eine finanzielle Angelegenheit der Kammer betrifft, ist vom Finanzreferenten unter Beisetzung der Funktionsbezeichnung "Finanzreferent" mitzuzeichnen.

(2) Geschäftsstücke der Kurienversammlungen sind vom Präsidenten gegenzuzeichnen. Der Präsident kann die Gegenzeichnung nur ablehnen, wenn der dem Geschäftsstück zugrunde liegende Beschluss die Kompetenz der Kurienversammlung überschreitet, rechtswidrig zustande gekommen ist oder binnen zwei Wochen nach Vorlage zur Unterschrift des Präsidenten das Verfahren nach Abs. 3 eingeleitet wird.

(3) Der Präsident kann bei Beschlüssen einer Kurienversammlung, die die Interessen einer anderen Kurie wesentlich berühren, den Beschluss durch Veto aussetzen und die Angelegenheit dem Kammervorstand zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Dies gilt nicht für Beschlüsse, die arbeits- oder dienstrechtliche Angelegenheiten betreffen.

(4) Dem Präsidenten sind alle Beschlüsse der Kurienorgane sowie deren Protokolle binnen vier Wochen ab Beschlussfassung vorzulegen. Der Präsident kann von seinem Recht gemäß Abs. 3 innerhalb zweier Wochen ab Vorlage bei sonstigem Verlust Gebrauch machen.

(5) Ist zweifelhaft, ob eine Angelegenheit in die Kompetenz des Kammervorstands oder einer Kurienversammlung bzw. welcher Kurienversammlung fällt, so entscheidet der Präsident hierüber. Kurienangelegenheiten, die die Interessen der anderen Kurien wesentlich berühren, kann der Präsident vor Beschlussfassung in der Kurienversammlung dem Kammervorstand zur Erstattung einer koordinierenden Empfehlung vorlegen.

(6) Der Präsident schließt und löst die Dienstverträge mit den Kammerangestellten nach Maßgabe der Beschlussfassung des Präsidiums.

(7) Der Präsident beruft die Sitzungen der Vollversammlung, des Kammervorstands und des Präsidiums ein und führt bei diesen Sitzungen den Vorsitz.

(8) Der Präsident wird im Falle seiner Verhinderung von den Vizepräsidenten in folgender Reihenfolge vertreten: erster Vizepräsident ist jener Kurienobmann, der derselben Kurie wie der Präsident angehört. Zweiter Vizepräsident ist jener Kurienobmann, der der anderen Kurie angehört wie der Präsident. Die Vertretung erfolgt unter Hinweis auf die Vertretung als geschäftsführender Vizepräsident. Im Falle der Verhinderung des Präsidenten und aller Vizepräsidenten geht das Recht der Vertretung des Präsidenten auf das an Lebensjahren älteste Kammervorstandsmitglied über.

(9) Die Vollversammlung kann dem Präsidenten das Vertrauen entziehen. Hierzu bedarf es bei Anwesenheit zumindest der Hälfte der Mitglieder der Vollversammlung eines Beschlusses mit Zweidrittelmehrheit und zugleich der Zustimmung von zumindest einem Viertel der Mitglieder jeder Kurienversammlung. Maßgeblich sind die abgegebenen gültigen Stimmen.

(10) Entzieht die Vollversammlung dem Präsidenten das Vertrauen, so haben die Vizepräsidenten nach Maßgabe der durch die Vollversammlung festgelegten Reihenfolge (Abs.8) die Geschäfte weiterzuführen. Der geschäftsführende Vizepräsident ist verpflichtet, binnen zwei Wochen eine außerordentliche Vollversammlung zur Neuwahl des Präsidenten einzuberufen. Diese außerordentliche Vollversammlung ist binnen zwei Wochen nach Einberufung abzuhalten. Wird nicht nur dem Präsidenten sondern auch allen Vizepräsidenten das Vertrauen entzogen, so hat das an Lebensjahren älteste Kammervorstandsmitglied die Geschäfte weiterzuführen. Für die Neuwahl des Präsidenten gelten die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß.

(11) Der Präsident ist berechtigt, an allen Sitzungen der Kurienversammlungen, von Sektionen sowie vom Kammervorstand oder von den Kurien eingesetzten Ausschüssen, Referaten, Kommissionen etc. teilzunehmen. Er kann Anträge stellen, hat jedoch, sofern er nicht Mitglied der Kurienversammlungen, von Sektionen sowie vom Kammervorstand oder von den Kurien eingesetzten Ausschüssen, Referaten, Kommissionen etc. ist, kein Stimmrecht. Der Präsident kann ferner Angelegenheiten auf die Tagesordnung der Kurienversammlungen, von Sektionen sowie

vom Kammervorstand oder von den Kurien eingesetzten Ausschüssen, Referaten, Kommissionen etc. setzen.

(12) Der Präsident ist über alle Termine der Sitzungen der Kurienversammlungen, von Sektionen sowie vom Kammervorstand oder von den Kurien eingesetzten Ausschüssen, Referaten, Kommissionen etc. vom jeweiligen Vorsitzenden zu informieren. Darüber hinaus sind ihm auf Verlangen alle Sitzungsprotokolle vorzulegen.

§ 7 Vizepräsidenten

Vizepräsidenten sind jedenfalls die Kurienobmänner.

§ 8 Präsidialreferenten

(1) Zur Unterstützung des Präsidenten und des Präsidiums können vom Kammervorstand Präsidialreferenten bestellt werden. Diesen sind bestimmte Aufgaben zuzuweisen.

(2) Die Präsidialreferenten sind berechtigt, an den Sitzungen des Kammervorstands teilzunehmen und sich zu Wort zu melden. Sie haben jedoch kein Stimm- und Antragsrecht.

(3) Über Einladung des Präsidenten sind die Präsidialreferenten auch berechtigt, an Sitzungen des Präsidiums teilzunehmen und sich zu Wort zu melden. Sie haben jedoch kein Stimm- und Antragsrecht.

§ 9 Kurienversammlungen

(1) Die von den Mitgliedern einer Kurie gewählten Kammerräte bilden die Kurienversammlung. Diese wird erstmals in der Funktionsperiode vom bisherigen Präsidenten einberufen.

(2) Die Kurienversammlung wählt in der Eröffnungssitzung für die Dauer der Funktionsperiode der Vollversammlung aus ihrer Mitte in getrennten Wahlgängen mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen den Kurienobmann und zwei Stellvertreter. Wird bei der ersten Wahl des Kurienobmannes oder seiner Stellvertreter keine absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erzielt, so findet eine engere Wahl statt. In diese kommen jene beiden Personen, die bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Soweit bei der ersten Wahl mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten haben, entscheidet das Los, wer von ihnen in die engere Wahl kommt. Ergibt sich auch bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so hat ebenfalls das Los zu entscheiden. In der Kurienversammlung der angestellten Ärzte ist im Falle der Wahl eines den ärztlichen Beruf ausschließlich selbstständig ausübenden Arztes zum Kurienobmann der erste Stellvertreter aus dem Kreis der Turnusärzte zu wählen und umgekehrt. Sofern nicht bereits der Kurienobmann oder der erste Stellvertreter ein Arzt mit Leitungsfunktion in einer Krankenanstalt ist, ist jedenfalls ein Kammerrat und Kurienversammlungsmitglied der Kurie der angestellten Ärzte, der diese Voraussetzung erfüllt zum zweiten Stellvertreter zu wählen. Erfüllt nur ein einziger Kammerrat mit Leitungsfunktion in einer Krankenanstalt aus der Kurie der angestellten Ärzte die vorgenannten Erfordernisse, so gilt dieser als zweiter Stellvertreter, sofern er auf diese Funktion nicht verzichtet. In der Kurienversammlung der nieder-

gelassenen Ärzte ist im Falle der Wahl eines Arztes für Allgemeinmedizin oder eines Facharztes für Allgemeinmedizin und Familienmedizin zum Kurienobmann der erste Stellvertreter aus dem Kreis der Fachärzte zu wählen und umgekehrt. Der Präsident darf nicht Kurienobmann oder Kurienobmannstellvertreter sein.

(3) Die Kurienversammlung wählt weiters nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts (D'Hondt) für die Dauer der Funktionsperiode der Vollversammlung aus ihrer Mitte die auf die Kurie entfallenden weiteren Kammeräte bzw. Kammerätinnen des Kammervorstands.

(4) entfällt.

(5) Die Kurienversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Kurienmitglieder anwesend ist. Ihre Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt, wobei über jeden Antrag gesondert abzustimmen ist. Der Kurienobmann stimmt mit. Bei gleichgeteilten Stimmen, ausgenommen bei geheimer Abstimmung, gilt jene Meinung als angenommen, für die der Kurienobmann gestimmt hat. Stimmenthaltungen, leere und ungültige Stimmzettel sind bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht zu berücksichtigen. (§ 84 Abs.2 ÄrzteG 1998).

(6) In dringenden Fällen können Beschlüsse der Kurienversammlung auf Anordnung des Kurienobmannes bzw. der Kurienobfrau auch durch schriftliche Abstimmung gefaßt werden. Dazu sind alle Mitglieder der Kurienversammlung anzuschreiben. Ein Beschluss kommt gültig zu stande, wenn die Antwort von mindestens der Hälfte der Kammeräte bei der Ärztekammer eingelangt ist. Solche Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt (§ 84 Abs. 2 ÄrzteG 1998). § 28 der Geschäftsordnung der Ärztekammer für Wien gilt sinngemäß.

(7) Die Aufgaben der Kurienversammlungen richten sich nach § 84 Abs. 3 und Abs. 4 ÄrzteG 1998.

(8) Die Abberufung bzw. Abwahl sämtlicher von der Kurienversammlung bestellter Referenten, sonstiger nominierter oder beauftragter Funktionsträger sowie von von der Kurienversammlung eingerichteten Ausschüssen erfolgt mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei § 84 Abs.2 ÄrzteG 1998 sinngemäß anzuwenden ist.

(9) Zu den Sitzungen der Kurienversammlungen können durch den Kurienobmann oder die Kurienobfrau die jeweiligen Bezirksärztevertreterinnen und Bezirksärztevertreter, Fachgruppenobfrauen und Fachgruppenobmänner, Turnusärztevertreterinnen und -vertreter, Spitalsärztevertreterinnen und -vertreter und Primärärztevertreterinnen und -vertreter hinzugezogen werden.

§ 9a Kurienausschuss

(1) Für jede Kurie kann durch Beschluss der Kurienversammlung ein Kurienausschuss eingerichtet werden, dem jedenfalls der Kurienobmann bzw. die Kurienobfrau, seine Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen sowie der Kurienfinanzreferent bzw. die Kurienfinanzreferentin anzugehören haben. Die Kurienversammlung hat gleichzeitig zu beschließen, aus wie vielen sonstigen Mitgliedern der Kurienausschuss besteht. Die Wahl der weiteren Mitglieder erfolgt mit

absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Der Präsident bzw. die Präsidentin ist unter Bekanntgabe des Anlassfalles und der Tagesordnung zur Sitzung des Kurienausschusses einzuladen.

(2) Dem Kurienausschuss obliegt die Entscheidung in dringenden Angelegenheiten der Kurienversammlung. Die gefassten Beschlüsse sind in der nächsten Sitzung der Kurienversammlung zu berichten.

(3) Hinsichtlich der Beschlussfassung im Kurienausschuss ist § 79 Abs 5 Ärztegesetz sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Präsident bzw. die Präsidentin kein Stimmrecht haben, allerdings im Kurienausschuss seine bzw. ihre Rechte nach § 83 Ärztegesetz – abweichend von § 83 Abs 5 Ärztegesetz – unverzüglich wahrnimmt.

§ 10 Kurienobmann und Stellvertreter

(1) Dem Kurienobmann obliegt die Durchführung der Beschlüsse der Kurienversammlung und die Leitung der Geschäfte der Kurie. Er beruft zumindest viermal im Jahr die Kurienversammlung ein, setzt die Tagesordnung fest und führt den Vorsitz. Der Kurienobmann wird im Fall seiner Verhinderung durch seine Stellvertreter in der in § 84 Absatz 2 ÄrzteG 1998 festgelegten Reihenfolge vertreten. Sind auch diese verhindert, tritt für die Dauer der Verhinderung das an Jahren älteste Mitglied der Kurienversammlung in die Obmannfunktion ein.

(2) Geschäftsstücke der Kurienversammlungen sind vom betreffenden Kurienobmann oder seinem Stellvertreter und, soweit finanzielle Angelegenheiten betroffen sind, von einem weiteren dazu bestellten Mitglied der Kurienversammlung zu fertigen sowie in jedem Fall vom Präsidenten gegenzuzeichnen.

(3) Für den Fall, dass dem Kurienobmann oder auch seinem Stellvertreter das Vertrauen entzogen wird, gilt § 85 Absatz 3 ÄrzteG 1998 sowie die entsprechenden Bestimmungen der Ärztekammerwahlordnung sinngemäß. Ein Antrag auf Entzug des Vertrauens muss spätestens am 15. Tag vor dem Sitzungstag bis zum Ende der Dienststunden im Kammeramt einlangen.

(4) *aufgehoben durch LGBI. für Wien Nr. 23/2023.*

(5) Dem Kurienobmann stehen in Bezug auf die im Rahmen der jeweiligen Kurie eingerichteten Sektionen sowie der von den Kurien eingesetzten Ausschüssen, Referaten, Kommissionen etc. die Rechte gemäß § 6 Abs. 11 und Abs. 12 sinngemäß zu.

§ 11 Präsidium

(1) Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, und dem Finanzreferenten. Es wird vom Präsidenten einberufen und geleitet. Dem Präsidium können vom Präsidenten Präsidialreferenten zugezogen werden. Eine von der Vollversammlung gewählte Vizepräsidentin bzw ein von der Vollversammlung gewählter Vizepräsident hat nur dann ein Stimmrecht, wenn die Präsidentin bzw. der Präsident an der Sitzung nicht teilnimmt.

(2) Dem Präsidium obliegt:

1. die Entscheidung in dringenden Angelegenheiten des Kammervorstands,
2. die Beschlussfassung in Personalangelegenheiten.

(3) Das Präsidium entscheidet über den Abschluss und die Lösung von Dienstverträgen und ist für alle dienstrechtlichen Angelegenheiten und Besoldungsangelegenheiten des Personals zuständig. Bei Beschlüssen in Personalangelegenheiten ist auf die Zustimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerschaft gemäß § 89ff ArbVG Bedacht zu nehmen.

(4) Alle Beschlüsse des Präsidiums sind vom Präsidenten dem Kammervorstand in seiner nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

§ 11a Vereine und Gesellschaften

(1) Die Gründung bzw. der Beitritt zu einer Gesellschaft bzw. einem Verein ist dem zuständigen Kammerorgan zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Gesellschaftsvertrag bzw. die Vereinsstatuten sind den Unterlagen beizulegen. Im Beschluss ist zu begründen, inwiefern die Gründung bzw. der Beitritt in Bezug auf die Erfüllung der der Ärztekammer bzw. den Kurien übertragenen gesetzlichen Aufgaben notwendig bzw. zweckdienlich ist.

(2) Die Gründung einer Gesellschaft bzw. eines Vereins oder einer sonstigen juristischen Person oder der Beitritt zu einer solchen ist nur möglich, wenn der Gesellschafts- oder Vereinszweck zum Kompetenzbereich der Kammer bzw. der Kurie gehört.

(3) Ist die Ärztekammer oder eine Kurie Mitglied eines Vereins- oder Gesellschaftsorgans, erfolgt die Vertretung durch das ärztegesetzlich vorgesehene Vertretungsorgan (Präsident bzw. Kurienobmann); eine Mitzeichnung des (Kurien-) Finanzreferenten ist im Sinne der §§ 83 Abs. 1 und 85 Abs. 2 ÄrzteG 1998 nur beim Beitritt zu diesem Verein oder dieser Gesellschaft sowie dann notwendig, wenn mit einem Beschluss des Vereins- oder Gesellschaftsorgans finanzielle Verpflichtungen für die Ärztekammer oder die Kurie verbunden sind. Sind der Präsident oder der Kurienobmann verhindert, so wird er nach satzungsmäßiger Reihenfolge vertreten. Der Präsident bzw. der Kurienobmann kann seine Vertretungsrechte in einer Gesellschaft bzw. einem Verein an ein Vollversammlungsmitglied bzw. bei Gesellschaften der Kurie einem Kurienmitglied jeweils maximal für die Dauer der Zugehörigkeit zur Vollversammlung bzw. Kurienversammlung oder einen Mitarbeiter des Kammeramtes für die Dauer eines aufrechten Dienstverhältnisses zur Ärztekammer rechtsgeschäftlich schriftlich übertragen. Der von der Ärztekammer oder der Kurie entsandte Vertretungsberechtigte ist dem zuständigen Organ auf Verlangen berichtspflichtig, sofern keine gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten entgegenstehen.

§ 11b Niederlassungsausschuss

Als beratendes Organ des Kammervorstands in Fragen der Auswahl der Vertragsärzte und Vertragsgruppenpraxen wird ein Niederlassungsausschuss eingerichtet, der paritätisch mit Mitgliedern der Kurie der niedergelassenen Ärzte und der Kurie der angestellten Ärzte besetzt wird.

§ 12 Sektionen im Rahmen der Kurie der niedergelassenen Ärzte

(1) Innerhalb der Kurie der niedergelassenen Ärzte ist je eine Sektion der Ärzte für Allgemeinmedizin, der Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin und der approbierten Ärzte sowie eine Sektion der Fachärzte der übrigen Sonderfächer zu bilden.

(2) Der Sektion der Ärzte für Allgemeinmedizin, der Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin und der approbierten Ärzte gehören die in die Ärzteliste als selbstständig tätige Ärzte für Allgemeinmedizin, Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin oder als approbierte Ärzte eingetragenen Kurienangehörigen an.

(3) Der Sektion der Fachärzte gehören die in die Ärzteliste als Fachärzte (ausgenommen Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin) eingetragenen Kurienangehörigen an.

§ 13 Sektionen im Rahmen der Kurie der angestellten Ärzte

(1) Innerhalb der Kurie der angestellten Ärzte ist je eine Sektion der Turnusärzte und eine Sektion der zur selbständigen Berufsausübung berechtigten Ärzte zu bilden.

(2) Der Sektion der Turnusärzte gehören die in die Ärzteliste als Turnusärzte eingetragenen Kurienangehörigen an.

(3) Der Sektion der zur selbständigen Berufsausübung berechtigten Ärzte gehören die in die Ärzteliste als angestellte Ärzte für Allgemeinmedizin, angestellte approbierten Ärzte, angestellte Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin oder als angestellte Fachärzte der übrigen Sonderfächer eingetragenen Kurienangehörigen an.

§ 14 Die Sektionsversammlungen

(1) Die Sektionsversammlungen bestehen aus den der jeweiligen Sektion zugehörigen Kammeräten. Die Zugehörigkeit zur Sektionsversammlung bleibt für die Dauer der gesamten Funktionsperiode aufrecht.

(2) Die jeweilige Sektionsversammlung wählt aus ihrer Mitte in einem Wahlgang den Sektionsobmann, wobei die Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs. 1 Ziffer 1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Sektionsversammlung mit Beschluss die Anzahl der Stellvertreter festzusetzen. Die Stellvertreter sind in

getrennten Wahlgängen zu wählen. Die zeitlich ersten Wahlgänge nach Wahlen in die Ärztekammer für Wien werden vom Kurienobmann geleitet.

(3) Die Sektionsversammlung ist vom Sektionsvorsitzenden im Einvernehmen mit dem jeweiligen Kurienobmann einzuberufen.

§ 15 Der Sektionsvorsitzende

Der Sektionsvorsitzende leitet die Sektion, führt die Geschäfte und sitzt der Sektionsversammlung vor. Ihm obliegt die Durchführung der von den Organen der Kammer der Sektion übertragenen Aufgaben und Belange. Er wird von dem oder den Stellvertretern vertreten.

§ 16 Landeskonferenz der Fachärzte

(1) Die Landeskonferenz der Fachärzte besteht aus den Fachgruppenvorsitzenden sämtlicher Sonderfächer, aus dem Sektionsvorsitzenden der Sektion der niedergelassenen Fachärzte und seinen Stellvertretern sowie dem Sektionsvorsitzenden der Sektion der zur selbständigen Berufsausübung berechtigten Ärzte und seinen Stellvertretern, sofern sie Fachärzte sind.

(2) Die Fachgruppenvorsitzenden (§ 17) wählen aus ihrer Mitte einen Sprecher der Landeskonferenz der Fachärzte.

(3) Der Sektionsvorsitzende der niedergelassenen Fachärzte leitet die Landeskonferenz der Fachärzte und wird hierbei vom Sprecher der Landeskonferenz unterstützt und vertreten. Die Landeskonferenz der Fachärzte wird vom Vorsitzenden der Sektion der niedergelassenen Fachärzte im Einvernehmen mit dem Kurienobmann der niedergelassenen Ärzte und dem Präsidenten einberufen.

§ 17 Fachgruppen

(1) Für jedes in der Ärzteausbildungsordnung angeführte Sonderfach können Fachgruppen gebildet werden. Die Einrichtung von Fachgruppen obliegt dem Kammervorstand, wobei dieser auch gemeinsame Fachgruppen für mehrere Sonderfächer einrichten kann.

(2) Fachgruppen bestehen aus:

- a) der Fachgruppenversammlung,
- b) dem Fachgruppenvorsitzenden und dem/den Stellvertreter(n).

(3) Den einzelnen Fachgruppenversammlungen gehören alle Fachärzte der jeweiligen Sonderfächer an, die im Bereich der Ärztekammer für Wien ihren Beruf tatsächlich ausüben und ordentliche Kammerangehörige der Ärztekammer für Wien sind. Bei Ausübung des Berufs in mehr als nur einem Sonderfach kann ein Arzt auch mehreren Fachgruppen angehören.

(4) Die Fachgruppenversammlung wählt aus ihrer Mitte in einem Wahlgang den Fachgruppenvorsitzenden bzw. die Fachgruppenvorsitzende, wobei die Bestimmungen über die Wahl des

Präsidenten bzw. der Präsidentin in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs. 1 Ziffer 1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Fachgruppenversammlung mit Beschluss die Anzahl der Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen festzusetzen. Wird nur ein Stellvertreter oder nur eine Stellvertreterin gewählt, so ist dieser bzw. diese in einem getrennten Wahlgang zu wählen. Ist mehr als nur ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu wählen, so sind diese in einem Wahlgang nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts (D'Hondt) zu ermitteln. Besteht die Fachgruppenversammlung aus Angehörigen der Kurie der angestellten Ärzte und aus Angehörigen der Kurie der niedergelassenen Ärzte, so ist im Falle der Wahl eines Kurienangehörigen aus der Kurie der niedergelassenen Ärzte zum Fachgruppenobmann bzw. zur Fachgruppenobfrau mindestens ein Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin aus dem Kreis der Kurienangehörigen der Kurie der angestellten Ärzte zu wählen und umgekehrt.

(5) Die Fachgruppenversammlung ist vom Fachgruppenvorsitzenden oder von der Fachgruppenvorsitzenden im Einvernehmen mit dem Präsidenten oder der Präsidentin bei Bedarf einzuberufen.

(6) entfallen.

(7) Der Fachgruppenvorsitzende jedes Sonderfaches wird gemäß § 129 Abs. 2 ÄrzteG 1998 in die jeweilige Bundesfachgruppe der Österreichischen Ärztekammer entsandt.

§ 18 Bezirksärztevertretungen

(1) Die niedergelassenen, ordentlichen Kammerangehörigen der Ärztekammer für Wien sind unabhängig von ihrer Kurienzugehörigkeit pro Wiener Gemeindebezirk in Bezirksärztevertretungen zu erfassen.

(2) Bezirksärztevertretungen bestehen aus:

- a) der Bezirksärzteversammlung,
- b) dem Bezirksärztevertreter und dem/den Stellvertreter(n).

(3) Die Bezirksärzteversammlung wählt aus dem Kreis der im jeweiligen Bezirk niedergelassenen Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin mit Verträgen zur Österreichischen Gesundheitskasse einen Bezirksärztevertreter, wobei die Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten bzw. in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs. 1 Z 1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Bezirksärzteversammlung mit Beschluss die Anzahl der Stellvertreter festzusetzen. Wird nur ein Stellvertreter gewählt, so ist dieser in einem getrennten Wahlgang zu wählen. Ist mehr als nur ein Stellvertreter zu wählen, so sind diese in einem Wahlgang nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts (D'Hondt) zu ermitteln.

(4) Die Stellvertreter sind aus dem Kreis der im jeweiligen Bezirk niedergelassenen Ärzte zu ermitteln.

(5) Die Bezirksärzteversammlung ist vom Bezirksärztevertreter im Einvernehmen mit dem Sektionsvorsitzenden der niedergelassenen Ärzte für Allgemeinmedizin, Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin und approbierte Ärzte mindestens zweimal jährlich einzuberufen.

(6) Die Kurienversammlung der niedergelassenen Ärzte kann in begründeten Fällen beschließen, dass die Bezirksärztevertretungen mehrerer Bezirke zusammengelegt und durch eine gemeinsame Bezirksärztevertretung vertreten werden.

§ 19 Bezirksärztevertreterkonferenz

(1) Die Bezirksärztevertreterkonferenz besteht aus den Bezirksärztevertretern sowie aus dem Sektionsvorsitzenden der Sektion der niedergelassenen Ärzte für Allgemeinmedizin, Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin und approbierten Ärzte und seinen Stellvertretern.

(2) Der Sektionsvorsitzende der niedergelassenen Ärzte für Allgemeinmedizin und Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin leitet die Bezirksärztevertreterkonferenz. Die Bezirksärztevertreterkonferenz wird vom Sektionsobmann der Sektion der niedergelassenen Ärzte für Allgemeinmedizin, Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin und approbierte Ärzte im Einvernehmen mit dem Kurienobmann der niedergelassenen Ärzte einberufen.

§ 20 Turnusärztevertretungen

(1) In Wiener Krankenanstalten, einschließlich der Universitätskliniken und Universitätsinstitute, sowie Untersuchungsanstalten der Gesundheitsverwaltung und Arbeitsmedizinischen Zentren, in denen mehr als fünf Turnusärzte dauernd beschäftigt sind, sind auf Ansuchen auch nur eines dort beschäftigten Turnusarztes Turnusärztevertretungen einzurichten.

(2) In Krankenanstalten, einschließlich der Universitätskliniken und Universitätsinstitute, Untersuchungsanstalten der Gesundheitsverwaltung und Arbeitsmedizinischen Zentren, in denen weniger als fünf Ärzte dauernd beschäftigt sind, können durch Beschluss der Sektion Turnusärzte Turnusärztevertretungen eingerichtet werden. Die Sektion Turnusärzte kann auch beschließen, dass für mehrere Spitäler, Universitätskliniken, Universitätsinstitute sowie Untersuchungsanstalten der Gesundheitsverwaltung oder/und Arbeitsmedizinischen Zentren, in denen dauernd weniger als fünf Turnusärzte beschäftigt sind, eine gemeinsame Turnusärztevertretung geschaffen wird bzw. dass für Spitäler, Universitätskliniken, Universitätsinstitute, Untersuchungsanstalten der Gesundheitsverwaltung oder Arbeitsmedizinischen Zentren, in denen dauernd weniger als fünf Turnusärzte beschäftigt sind, eine Turnusärztevertretung gemeinsam mit einer Krankenanstalt, einer Universitätsklinik, einem Universitätsinstitut, einer Untersuchungsanstalt der Gesundheitsverwaltung oder/und eines Arbeitsmedizinischen Zentrums, in denen mehr als fünf Ärzte dauernd beschäftigt sind, eingerichtet wird.

(3) Die Turnusärztevertretungen bestehen aus:

- a) der Turnusärzteversammlung,
- b) dem Turnusärztevertreter und dem/den Stellvertreter(n).

(4) Der Turnusärzteversammlung gehören alle im jeweiligen Spital beschäftigten Turnusärzte an.

(5) Die Turnusärzteversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Turnusärztevertreter bzw. eine Turnusärztevertreterin, wobei die Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs. 1 Ziffer 1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Turnusärzteversammlung Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen zu wählen. Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter sind in getrennten Wahlgängen zu wählen.

(6) Die Turnusärzteversammlung kann von der gewählten Turnusärztevertreterin bzw. dem gewählten Turnusärztevertreter bei Bedarf einberufen werden.

(7) Die Wahl des Turnusärztevertreters bzw. der Turnusärztevertreterin (des bzw. der Vorsitzende der Turnusärzteversammlung) findet alle zwei Jahre statt, jedenfalls aber bei Ausscheiden des Turnusärztevertreters bzw. der Turnusärztevertreterin aus der jeweiligen Turnusärzteversammlung.

§ 21 Turnusärztekonferenz

idF der 12. Satzungs-Novelle 2019, VV 04.06.2019

(1) Die Turnusärztekonferenz besteht aus den Turnusärztevertretern sämtlicher Krankenanstalten und deren Stellvertretern sowie dem Vorsitzenden und dessen Stellvertretern.

(2) Der Sektionsobmann der Sektion der Turnusärzte ist gleichzeitig Vorsitzender der Turnusärztekonferenz.

(3) Die Turnusärztevertreter und ihre Stellvertreter wählen aus ihrer Mitte einmal jährlich höchstens drei Stellvertreter der Turnusärztekonferenz in getrennten Wahlgängen nach folgenden Grundsätzen:

- a) aktiv wahlberechtigt sind nur Turnusärztevertreter sowie deren erster Stellvertreter;
- b) passiv wahlberechtigt sind nur Turnusärztevertreter sowie deren erster Stellvertreter; nur sie können zu Stellvertretern des Vorsitzenden der Turnusärztekonferenz gewählt werden.

Der Vorsitzende der Turnusärztekonferenz leitet die Turnusärztekonferenz und hat diese mindestens einmal pro Quartal einzuberufen, wobei die Turnusärztekonferenz pro Kalenderjahr höchstens zu 6 Sitzungen einberufen werden darf. Die Mandatare der Sektion Turnusärzte sind berechtigt, an der Turnusärztekonferenz teilzunehmen.

(4) Stimmrecht in der Turnusärztekonferenz kommt nur Turnusärztevertretern und deren ersten Stellvertretern zu.

(5) Der Vorsitzende der Sektion der Turnusärzte ist verpflichtet, auf Anfrage den Mitgliedern der Sektion Turnusärzte über Inhalte der Sitzungen der Turnusärztekonferenz Auskunft zu geben. In gleicher Weise muss der Sektionsvorsitzende den Mitgliedern der Turnusärztekonferenz auf Anfrage Auskunft über die Inhalte der Sektionssitzungen geben.

§ 21a Spitalsärztevertretungen

(1) In bettenführenden Wiener Krankenanstalten sind Spitalsärztevertreterinnen und Spitalsärztevertreter zu wählen.

(2) In sonstigen Krankenanstalten, in denen mehr als fünf Ärztinnen und Ärzte dauernd beschäftigt sind, sind auf Wunsch auch nur einer dort beschäftigten Ärztin oder eines dort beschäftigten Arztes oder durch Beschluss der Kurienversammlung der angestellten Ärzte ärztliche Spitalsärztevertretungen einzurichten.

(3) Die Spitalsärztevertretungen bestehen aus:

- a) der Spitalsärzteversammlung
- b) und den Spitalsärztevertreterinnen bzw. Spitalsärztevertretern sowie deren bzw. dessen Stellvertreterinnen und Stellvertretern

(4) Der Spitalsärzteversammlung gehören alle zur selbstständigen Berufsausübung berechtigten Ärzte für Allgemeinmedizin, Fachärzte für Allgemeinmedizin und Familienmedizin sowie Fachärzte der übrigen Sonderfächer der jeweiligen Krankenanstalt an. Ärztinnen und Ärzte in Ausbildung gehören der Spitalsärzteversammlung nur dann an, wenn sie bereits über eine Berechtigung zur selbstständigen Berufsausübung (ius practicandi) verfügen. Primärärztinnen und Primärärzte sowie leitende Ärztinnen und Ärzte gemäß § 21c Absatz 3 gehören der Spitalsärzteversammlung nicht an.

(5) Die Spitalsärzteversammlung wählt aus ihrer Mitte eine Spitalsärztevertreterin bzw. einen Spitalsärztevertreter, wobei die Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs.1 Z.1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Spitalsärzteversammlung Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen zu wählen. Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter sind in getrennten Wahlgängen zu wählen.

(6) Die Spitalsärzteversammlung wird von der gewählten Spitalsärztevertreterin bzw. dem gewählten Spitalsärztevertreter nach Bedarf einberufen.

(7) Die Wahl der Spitalsärztevertreterinnen bzw. Spitalsärztevertreter sowie deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter findet einmal alle 2 Jahre, jedenfalls aber bei Ausscheiden der Spitalsärztevertreterin bzw. des Spitalsärztevertreters aus der jeweiligen Spitalsärzteversammlung statt.

§ 21b Spitalsärztevertreterkonferenz

(1) Die Spitalsärztevertreterkonferenz besteht aus den Spitalsärztevertreterinnen und Spitalsärztevertretern sämtlicher Krankenanstalten.

(2) Die Obfrau bzw. der Obmann der Sektion der zur selbstständigen Berufsausübung berechtigten Ärzte leitet die Konferenz gemäß Abs.1 und hat diese mindestens vierteljährlich einzuberufen. Den Sitzungen können bei Bedarf auch die Betriebsrättinnen und Betriebsräte bzw. Personalvertreterinnen und Personalvertreter hinzugezogen werden.

§ 21c Primärärztevertretungen

(1) In bettenführenden Wiener Krankenanstalten sind Primärärztevertreterinnen und Primärärztevertreter zu wählen.

(2) Die Primärärztevertretungen bestehen aus:

- a) der Primärärzteversammlung
- b) den Primärärztevertreterinnen bzw. Primärärztevertretern sowie deren bzw. dessen Stellvertreterinnen und Stellvertretern

(3) Der Primärärzteversammlung gehören alle Primärärztinnen und Primärärzte der jeweiligen Krankenanstalt sowie die Leiterinnen und Leiter von Klinischen Abteilungen und Klinischen Instituten der Medizinischen Universität an. Ebenfalls der Primärärzteversammlung gehören die Leiterinnen und Leiter von im Rahmen einer bettenführenden Krankenanstalt geführten Instituten an.

(4) Die Primärärzteversammlung wählt aus ihrer Mitte eine Primärärztevertreterin bzw. einen Primärärztevertreter, wobei die Bestimmungen über die Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin in der Vollversammlung sinngemäß anzuwenden sind (§ 79 Abs.1 Z.1 ÄrzteG 1998). Weiters hat die Primärärzteversammlung Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen zu wählen. Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter sind in getrennten Wahlgängen zu wählen.

(5) Die Primärärzteversammlung wird von der gewählten Primärärztevertreterin bzw. dem gewählten Primärärztevertreter nach Bedarf einberufen.

(6) Die Wahl der Primärärztevertreterinnen bzw. Primärärztevertreter sowie deren Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter findet einmal alle 2 Jahre, jedenfalls aber bei Ausscheiden der Primärärztevertreterin bzw. des Primärärztevertreters aus der jeweiligen Primärärzteversammlung.

§ 21d Primärärztevertreterkonferenz

(1) Die Primärärztevertreterkonferenz besteht aus den Primärärztevertreterinnen und Primärärztevertretern sämtlicher bettenführenden Krankenanstalten. Leitende Ärztinnen und Ärzte von selbstständigen Ambulatorien sind berechtigt, an den Sitzungen der Primärärztekonferenz als kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht teilzunehmen.

(2) Der Obmann bzw. die Obfrau der Kurienversammlung der angestellten Ärzte bzw. dessen Stellvertreter oder deren Stellvertreterin leitet die Konferenz gemäß Abs.1 und hat diese mindestens vierteljährlich einzuberufen.

§ 22 Aufgaben der Sektionen, Fachgruppen, Bezirksärztevertretungen, Spitalsärzte-, Turnusärzte- und Primärärztevertretungen sowie der jeweiligen Konferenzen

Den in §§ 13 ff angeführten Sektionen, Fachgruppen, Bezirksärztevertretungen, Spitalsärzte-, Turnusärzte- und Primärärztevertretungen sowie den jeweiligen Konferenzen obliegen im Rahmen der Ärztekammer:

- a) die Beratung und Unterstützung der Organe der Ärztekammer in allen die Interessen der jeweiligen Kammerangehörigen berührenden Fragen,
- b) die Durchführung aller ihr von den Organen der Ärztekammer übertragenen Aufgaben und Belange,
- c) die Sektionen, Fachgruppen, Bezirksärztevertretungen, Spitalsärztevertretungen sowie Turnusärzte- sowie Primärärztevertretungen können zudem im Einvernehmen mit dem Präsidenten bzw. der Präsidentin bzw. von diesem beauftragten Referenten und Referentinnen Fortbildungsveranstaltungen organisieren.

§ 23 Wahlen in den Sektionen, Fachgruppen, Bezirksärztevertretungen, Turnusärztevertretungen, Spitalsärztevertretungen, Primärärztevertretungen sowie in den jeweiligen Konferenzen

(1) Wahlen in den Sektionen sind vom jeweiligen Kurienobmann bzw. der jeweiligen Kurienobfrau, Wahlen in den Fachgruppen sind vom Präsidenten bzw. der Präsidentin, Wahlen in den Bezirksärzteversammlungen sind vom Kurienobmann bzw. der Kurienobfrau der niedergelassenen Ärzte und Wahlen in den ärztlichen Spitals-, Turnusärzte- und Primärärzteversammlungen sind vom Kurienobmann bzw. der Kurienobfrau der angestellten Ärzte anzutreten. Sämtliche Wahlen in den Fachgruppen und Bezirksärzteversammlungen sollten spätestens sechs Monate nach einer Kammerwahl abgeschlossen sein.

(2) Das die Wahlen anordnende Organ hat dafür Sorge zu tragen, dass die Einladungen zu einer Wahl mindestens 14 Tage im Vorhinein an die Wahlberechtigten übermittelt wird. Für die Wahlen in den Sektionen entfällt für den Fall der Neukonstituierung einer Sektion nach einer Kammerwahl die 14tägige Frist. Aktiv und passiv wahlberechtigt sind in Fachgruppenversammlungen, Bezirksärzteversammlungen, Spitalsärzteversammlungen, Turnusärzteversammlungen und Primärärzteversammlungen alle am Tage der Anordnung der Wahl dem jeweiligen Vertretungskörper zugehörigen Kammerangehörigen.

(3) In der Einladung zu einer Sitzung, in der eine Wahl stattfindet, ist auf den Umstand der Wahl besonders hinzuweisen und ein eigener Tagesordnungspunkt für die Wahlvorgänge aufzunehmen.

(4) Wahlvorschläge können von den Wahlberechtigten der jeweiligen Vertretungskörper schriftlich vor oder mündlich während der Sitzung eingebracht werden. Nach Vorliegen der Wahlvorschläge wird eine Erklärung der Vorgeschlagenen eingeholt, die Funktionen im Falle ihrer Wahl anzunehmen. Liegt nur ein Wahlvorschlag mit Annahmeerklärung vor, so entfällt der Wahlvorgang. Der Vorgeschlagene gilt als gewählt.

(5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Wahl, den Entzug des Vertrauens und die Verhinderung des Präsidenten bzw. der Präsidentin in der Vollversammlung sinngemäß und

mit der Maßgabe, dass eine Anwesenheit von einer bestimmten Anzahl von Ärzten bzw. Ärztinnen des jeweiligen Vertretungskörpers nicht verpflichtend ist und ein Antrag auf Vertrauensentzug im Rahmen von Fachgruppenversammlungen, Bezirksärztevertretergesetzungen, Spitalsärzte-, Turnusärzte- und Primärärzteversammlungen sowie in der Spitalsärztevertreter-, Turnusärzte- und Primärärztekonferenz mindestens 15 Tage, im Rahmen von Sektionsversammlungen mindestens 6 Tage vor Sitzungsbeginn im Kammeramt eingelangt sein muss und für den Entzug des Vertrauens die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ausreichend ist. Scheidet der oder einer von mehreren Stellvertretern bzw. Stellvertreterinnen aus, so hat in der nächsten Versammlung des jeweiligen Vertretungskörpers eine Neuwahl des Stellvertreters bzw. der Stellvertreterin zu erfolgen.

(5a) Wird ein fristgerecht eingebrachter Antrag auf Vertrauensentzug eingebracht, so sind alle am Tag des Einbringens dem jeweiligen Vertretungskörper zugehörigen Kammerangehörigen von diesem Antrag mit dem Hinweis auf die Sitzung zu verständigen.

(6) Wird ein Vertretungskörper erstmalig gewählt oder wird in einem Vertretungskörper dem Obmann und allen Stellvertretern das Vertrauen entzogen oder legen die Funktionsträger ihre Funktionen zurück, so dass die in dieser Satzung vorgesehenen Gremien keine Vorsitzenden mehr haben, so kann der Präsident die Wahlhandlung selbst leiten oder einen Kammerrat oder einen rechtskundigen Kammerangestellten mit der Leitung des Wahlvorgangs beauftragen.

(7) Die Gültigkeit von Wahlen in den Sektionen, Fachgruppen, Bezirksärztevertretungen sowie Spitals-, Turnusärzte- und Primärärztevertretungen sowie in den Konferenzen kann innerhalb von zwei Wochen nach dem Wahltag mittels schriftlichen Einspruchs, welcher von mindestens zehn bei der jeweiligen Wahl aktiv wahlberechtigten Kammerangehörigen unterfertigt sein muss, beim Kammervorstand angefochten werden. Der Kammervorstand kann entweder die Wahl bestätigen oder eine Wiederholung der Wahl beschließen. Im Falle eines Beschlusses auf Wiederholung der Wahl hat die Wahlwiederholung der Präsident bzw. der Präsidentin oder ein von ihm bzw. ihr beauftragter Kammerrat bzw. Kammerätin oder ein/e rechtskundige/e Angestellte/r der Ärztekammer für Wien zu leiten.

(8) Ergänzend zu den voranstehenden Bestimmungen gelten die Bestimmungen der Ärztekammerwahlordnung sinngemäß.

§ 24 Funktionsperiode

Die Funktionsperiode aller in den Sektionen, Fachgruppen und Bezirksärztevertretungen gewählten Funktionsträger und Funktionsträgerinnen sowie aller Referenten und Referentinnen und Ausschüsse entspricht der Funktionsperiode des Kammervorstandes der Ärztekammer für Wien, sofern in der Satzung nichts anderes festgelegt worden ist. Nach Ablauf der Funktionsperiode führen die Bezirksärztevertreter und Bezirksärztevertreterinnen, die Spitalsärztevertreterinnen und Spitalsärztevertreter, die Turnusärztevertreter und Turnusärztevertreterinnen, die Primärärztevertreterinnen und Primärärztevertreter, der bzw. die Vorsitzende der Spitals-, Turnusärzte- und Primärärztekonferenz sowie die Fachgruppenobmänner bzw. Fachgruppenobfrauen (einschließlich ihrer Stellvertreter und Stellvertreterinnen) ihr Amt bis zur Neuwahl weiter.

§ 25 Mitgliederbefragung

(1) Mitgliederbefragung können entweder vom Kammervorstand in gemeinsamen Angelegenheiten oder von den Kurienversammlungen in eigenen Angelegenheiten der Kurien angeordnet werden.

(2) Nähere Verfügungen über die Durchführung der Mitgliederbefragung (Fristen, Teilnehmergruppe, Anonymität, Abstimmungsart, etc.) sind vom anordnenden Organ anlässlich der Anordnung der Mitgliederbefragung zu beschließen.

§ 26 Kammeramt

(1) Das Kammeramt wird geleitet durch einen Kammeramtsdirektor, der dem Präsidenten gegenüber weisungsgebunden ist. Der Kammeramtsdirektor führt die Dienstaufsicht und ist fachlich und dienstlich Vorgesetzter der Kammerangestellten. Er ist verantwortlich für die innere Organisation des Kammeramtes und hat dabei auf eine möglichst effiziente und sparsame Erfüllung der Aufgaben des Kammeramtes hinzuwirken.

(2) Das Kammeramt hat die zur Erfüllung der Aufgaben der Kammer notwendigen fachlichen und administrativen Arbeiten zu leisten. Das Kammeramt hat insbesondere

1. die Beschlüsse der Organe der Kammer unparteiisch durchzuführen,
2. die von den Organen der Kammer angeforderten Stellungnahmen zu erstellen,
3. den Organen der Kammer zweckdienliche Vorschläge zu unterbreiten,
4. für Information und Beratung der Kammerangehörigen Sorge zu tragen.

§ 27 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Konstituierung des Organs Vollversammlung der Ärztekammer für Wien nach den Bestimmungen des ÄrzteG BGBL I, 156/2005 in Kraft und ist auf der Homepage der Ärztekammer für Wien (www.aekwien.at) kundzumachen.

§ 28 Inkrafttretensbestimmung der 1. Satzungs-Novelle 2010

Die Bestimmungen der §§ 5 Abs.7 Ziffer 5 und 10 sowie die Streichung des § 9 Abs.5 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung der Ärztekammer für Wien vom 22. Juni 2010 treten nach Ablauf der zum 31. Mai 2010 bestehenden Funktionsperiode gleichzeitig mit Konstituierung der neuen Vollversammlung in Kraft.

Die 2. Satzungs-Novelle 2012, beschlossen von der Vollversammlung am 7. Mai 2012, enthielt keine gesonderte Inkrafttretensbestimmung und ist daher gemäß § 195a Absatz 3 Ärztegesetz 1998 mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft getreten. Sie betrifft die Bestimmungen § 4 Absatz 2 Z 2, § 6 Absatz 8 und § 7.

§ 29 Inkrafttretensbestimmung der 3. Satzungs-Novelle 2012

Die Bestimmung des § 5 Absatz 7 Ziffer 10 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung der Ärztekammer für Wien vom 11. Dezember 2012 tritt mit 1. Jänner 2013 in Kraft.

§ 30 Inkrafttretensbestimmung der 4. Satzungs-Novelle 2014

Die Bestimmungen der § 4a, § 4b, § 5, § 9, § 23 Absatz 5 und 24 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung der Ärztekammer für Wien vom 17. Juni 2014 treten mit 1. Juli 2014 in Kraft.

§ 31 Inkrafttretensbestimmungen der 5. Satzungs-Novelle 2015

(1) Die Bestimmungen der §§ 4 Absatz 2 Ziffer 2, 5 Absatz 8, 6 Absatz 8, 7, 21a, 21b, 22, 23 und 24 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 16. Juni 2015 treten gemäß § 195 Absatz 3 Ärztegesetz 1998 mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

(2) Die Bestimmung des § 21 Absatz 2 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 16. Juni 2015 tritt nach Ablauf der zum 30. Juni 2015 geltenden Funktionsperiode in Kraft.

§ 32 Inkrafttretensbestimmungen der 6. Satzungs-Novelle 2015

Die Bestimmungen der §§ 5 Abs. 8 Z. 9, 21a, 21b, 22, 23 und 24 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 15. Dezember 2015 treten mit 1. Jänner 2016 in Kraft.

§ 33 Inkrafttretensbestimmungen der 7. Satzungs-Novelle 2016

Die Bestimmungen der § 21 Abs. 2 und 2a sowie § 24 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 14. Juni 2016 treten mit 1. Juli 2016 in Kraft.

§ 34 Inkrafttretens- und Außerkrafttretensbestimmungen der 8. Satzungs-Novelle 2016

(1) Die Bestimmung des § 21 Abs. 2 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 16. Juni 2015 sowie die Bestimmung des § 31 Abs. 2 treten mit 31.12.2016 außer Kraft.

(2) Die Änderungen der § 21 Abs. 1 bis 3 sowie des § 24 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 6. Dezember 2016 treten mit 1. Jänner 2017 in Kraft.

Die 9. Satzungs-Novelle 2017, beschlossen von der Vollversammlung am 2. Mai 2017, enthielt keine gesonderte Inkrafttretensbestimmung und ist daher gemäß § 195a Absatz 3 Ärztegesetz 1998 mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft getreten. Sie betrifft die Bestimmungen § 4 Absatz 2 Z 2, § 6 Absatz 8 und § 7.

§ 35 Inkrafttretensbestimmungen der 10. Satzungs-Novelle 2017

Die Bestimmungen der §§ 6 Absatz 8, 17 Absatz 1 und Absatz 3 1.Satz sowie 21 Abs.2 letzter Satz in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 20. Juni 2017 treten mit 1. Juli 2017 in Kraft.

§ 36 Inkrafttretensbestimmungen der 11. Satzungs-Novelle 2018

Die Bestimmung des § 21 Absatz 2 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 11. Dezember 2018 treten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

§ 37 Inkrafttretensbestimmungen der 12. Satzungs-Novelle 2019

Die Bestimmungen des § 21 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 4. Juni 2019 tritt gemäß § 195a Absatz 3 Ärztegesetz 1998 mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 38 Inkrafttretensbestimmungen der 13. Satzungs-Novelle 2020

Die Bestimmungen der §§ 9 Absatz 6 und 18 Absatz 3 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 22. September 2020 treten gemäß § 195a Absatz 3 Ärztegesetz 1998 mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 39 Inkrafttretensbestimmungen der 14. Satzungs-Novelle 2021

Die Änderungen der §§ 11a und 11b in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 6. Dezember 2021 treten mit 1. Jänner 2022 in Kraft.

§ 40 Inkrafttretensbestimmungen der 15. Satzungs-Novelle 2022

Die Änderungen der §§ 5 Absatz 1, 5 Absatz 8 Ziffer 3 und 9, 9 Absatz 3 sowie 6, 17 Absatz 4 und 5, 18 Absatz 3, 20 Absatz 5, 6 und 7, 21a und 21b, 22, 23 Absatz 1, 2,5 und 7 sowie 24, die Hinzufügung der §§ 5 Absatz 8 Z.11a, 9 Absatz 9, 9a, 18 Absatz 6, 21c und 21d sowie die Streichungen von § 9 Abs.4 und § 17 Abs.6 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 14. Juni 2022 treten mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 41 Inkrafttretensbestimmungen der 16. Satzungs-Novelle 2022

Die Änderungen der §§ 11 Absatz 1, 20 Absatz 5, 21a Absatz 4 und 5, 21c Absatz 4 sowie 21d Absatz 2 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 13. Dezember 2022 treten mit 1. Jänner 2023 in Kraft.

§ 42 Inkrafttretensbestimmungen der 17. Satzungs-Novelle 2023

aufgehoben durch LGBI. für Wien Nr. 15/2023.

§ 43 Inkrafttretensbestimmungen der 18. Satzungs-Novelle 2023

Die Änderungen der §§ 10 Absatz 3, 4 und 5 sowie 23 Absatz 5 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 13. Juni 2023 treten mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 44 Inkrafttretensbestimmungen der 19. Satzungs-Novelle 2023

Die Änderungen des § 5 Absatz 8 Ziffer 3 sowie des § 5 Absatz 10 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 12. Dezember 2023 treten mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 45 Inkrafttretensbestimmungen der 20. Satzungs-Novelle 2024

Die Änderungen in den §§ 6 Absatz 8, 7 und 23 Absatz 5 in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 11. Juni 2024 treten mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.

§ 46 Inkrafttretensbestimmung der 21. Satzungs-Novelle 2025

(1) Mit 1. Jänner 2026 tritt die Änderung der Bestimmung des § 9 Absatz 6 letzter Satz in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 9. Dezember 2025 in Kraft.

(2) Mit 1. Juni 2026 treten die Änderungen der Bestimmungen der §§ 9 Absatz 2 9.Satz, 12 Absatz 1 bis 3, 13 Absatz 3, 18 Absatz 3 und 5, 19 Absatz 1 und 2 sowie 21a Absatz 4 1. Satz in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung vom 9. Dezember 2025 in Kraft.